

Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 3

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Clara-Broth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 0246.

Hamburg, den 15. Januar 1921

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzufenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Rückblick auf die Lohnbewegungen im Malergewerbe des Jahres 1920.

Durch die Verhandlungen des Haupttarifamtes für das Malergewerbe am 28. Dezember fand unsere vierte Lohnbewegung des verfloffenen Jahres ihren Abschluß. Ihre Resultate können wir bei unsern statistischen Arbeiten allerdings erst auf das Konto des Jahres 1921 buchen, weil die festgesetzten Lohnerhöhungen erst in diesem wirksam werden. Doch die mit dieser Bewegung verknüpften Arbeiten mußten in den beiden letzten Monaten geleistet werden und daher soll sie hier auch im Zusammenhang mit der gleichen Tätigkeit im letzten Jahre kurz gewürdigt werden.

Es wäre uns und sicher auch der Gehilfenschaft ganz allgemein viel angenehmer gewesen, die Lebenshaltungskosten wären schon längst nicht mehr gestiegen oder gar zurückgegangen, so daß weitere Lohnerhöhungen gegenstandslos oder doch nur in sehr geringem Umfang notwendig wurden, denn manch wichtige Aufgabe unserer Organisation, vor allem die sehr notwendige Auffklärungsarbeit unter den vielen neugewonnenen Mitgliedern muß zurückbleiben, wenn sich all unsere Funktionäre in Versammlungen und Sitzungen fast nur mit der Vorbereitung und Durchführung von Lohnbewegungen und mit Maßnahmen gegen renitente Arbeitgeber und ganze Arbeitgebergruppen zu beschäftigen haben. Und ferner ist man sich in weiten Kreisen unserer Kollegenschaft sehr wohl bewußt, daß alle Lohnerhöhungen nur einen sehr bedingten Wert besitzen, wenn im gleichen oder gar noch schnelleren Tempo die notwendigsten Ausgaben für den Lebensunterhalt steigen. Darum, solange kein Preisstillstand oder kein Preisabbau eintritt, kann auch die Lohnentwicklung nicht stillstehen; gehen doch die Preissteigerungen den Lohnsteigerungen stets voran, so daß diese nicht jene hervorrufen, sondern umgekehrt: Die Preissteigerungen sind die Ursache der Lohnbewegungen.

Diesen Standpunkt haben wir entgegen den Behauptungen der Arbeitgeber stets mit vollem Recht vertreten und hiervon ausgehend ist auch im letzten Jahre alles geschehen, um die Lohnentwicklung mit den steigenden Preisen nach Möglichkeit in Einklang zu bringen.

Leicht ist das wirklich nicht gewesen. Die Lage des Malergewerbes war nicht günstig, die Zahl der beschäftigten Gehilfen und die Aussichten auf eine uns bevorstehende bessere Konjunktur waren zu gering, als daß diese Faktoren, auf die wir früher all unsere Maßnahmen bei Lohnbewegungen stützten, gegenwärtig in Rechnung gestellt werden konnten. Das hat denn auch zur Folge gehabt, daß der Widerstand der Arbeitgeber in steigendem Maße zunahm und daß in der Hoffnung, ungebunden durch zentrale Abmachungen besser abzuschneiden, die Arbeitgeber einzelner Bezirke ihre eigenen Wege gingen; wieder andere obstruierten ganz bewußt gegen Vereinbarungen ihrer Zentralorganisation. — So sagten sich die Arbeitgeber des Freistaates Sachsen und Schlesiens geschlossen zu Beginn des Jahres vom Reichstarifvertrag und Konfessionterweise vom Hauptverband der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe los. Der Bayerische Malermeisterverband schaute zwar vor diesem Schritt zurück, hat aber unausgesetzt versucht, sich seiner tariflichen Pflichten zu entledigen, die auch für ihn geltenden Löhne nicht zahlen zu müssen, von auch für ihn maßgebenden Verhandlungen fernzubleiben und durch gewagte Definationen die Erfüllung bestehender Verpflichtungen zu verschleppen. Auch sonst kriselte es stark im Arbeitgeberverband, nicht zum wenigsten, weil die wiederholten Lohnbewegungen gewissen Unternehmerkreisen Stoff zur Verstimmung, zu Vorwürfen und Seitenprüngen gaben. Deshalb haben wir in gar nicht wenig Fällen durch

Streiks oder doch mit Streikdrohungen die Entwicklung vorwärts treiben müssen.

Schon die erste Bewegung im Januar vorigen Jahres bereitete mancherlei Schwierigkeiten; sie brachte den schon erwähnten Abfall Sachsens und Schlesiens und erforderte das Eingreifen des Haupttarifamtes am 9. April, damit alle Differenzen beseitigt würden. Die zweite Bewegung — verhandelt am 30. April und 1. Mai — hatte eine starke Opposition der bayerischen Unternehmer zur Folge, so daß sich mehrere weitere Verhandlungen nötig machten und eine größere Reihe örtlicher Differenzen ergaben, bevor alles in Ordnung kam. Die dritte Bewegung — am 4. und 5. August — kam erst nach gescheiterten Vorverhandlungen vom 26. Juni zustande. Damals forderten die Unternehmer, allerdings wohl nur aus taktischen Gründen, einen Abbau der Löhne, weil es feinerzeit, oberflächlich betrachtet, so scheinen konnte, als stände die Preisentwicklung still oder als sei sogar ein gewisser Preisrückgang zu verspüren. Bei dieser Bewegung erhielten die bayerischen Arbeitgeber das Recht, gesondert zu verhandeln. Inbes lehnten diese die Vorschläge des hierbei in München tätig gewesenen Unparteilichen ab, so daß trotzdem das Haupttarifamt am 22. September auch über Bayern noch entscheiden mußte.

Ueber die letzte Bewegung, zu der am 9. Dezember zunächst ohne Unparteilichen und am 28. Dezember vor dem Haupttarifamt verhandelt wurde, haben wir in Nr. 51 und 2 des „Verbands-Anzeiger“ schon kurz berichtet. Diesmal wurde von vornherein versucht, die Sache durch Bezirksverhandlungen zu fördern, um den verschiedenartigen Verhältnissen in den einzelnen Landesstellen mehr Rechnung zu tragen und um die Mitglieder mehr direkt mit an den Verhandlungen zu beteiligen, damit so dem Gefühl begegnet werde, daß alles „Unhök“ nur von wenigen Personen in Berlin herausbeschworen werde. Große Befriedigung hat diese von den Arbeitgebern im Gegensatz zu früher propagierte Methode aber gewiß auf beiden Seiten nicht ausgelöst. Zwar hat man sich in einigen Bezirken, in Hessen, Hessen-Nassau, in Baden, der Rheinpfalz, in einem Teile Württembergs, in Bayern, Thüringen und der Provinz Sachsen ohne zentrales Durchgreifen geeinigt; gewisse zentrale Richtlinien waren aber auch hierfür vorher erst notwendig, und einige Differenzen mußten immerhin von oben herunter noch erledigt werden. Für die übrigen Landesstellen entschied trotz alledem das Haupttarifamt selbständig, das denn auch noch die bezirklichen Vereinbarungen sanktionieren mußte, damit sie wirksam wurden.

Charakteristisch ist bei den Bewegungen des letzten Jahres, daß die rein schematischen Lohnerhöhungen für alle Lohngebiete, etwa mit einigen Unterschieden nach der Einwohnerzahl, nach und nach aufgegeben wurden. Nur bei den Verhandlungen über den Wortlaut des neuen Reichstarifvertrages anfangs Februar kam es nochmals zu einer nahezu einheitlichen Lohnerhöhung für alle Lohngebiete. Bei der zweiten und dritten Bewegung ging man zu einer mehr individuellen Behandlung der einzelnen Gebiete über, und bei den letzten Verhandlungen ist diese Methode noch ganz erheblich erweitert worden.

Es wurde diesmal nach einer von uns vorgenommenen Statistik für 245 Lohngebiete mit 11 052 Betrieben und 26 594 Gehilfen der Lohn im Durchschnitt um 50,26 % für die Stunde erhöht. Die tatsächlichen Lohnerhöhungen aber betragen: bis zu 10 % für 0,36 % der beschäftigten Gehilfen, 20 bis einschließlich 30 % für 9,97 % der Gehilfen, 35 bis 45 % für 19,19 % der Gehilfen, 50 % für 32,41 % der Gehilfen, 55 bis 65 % für 27,41 % der Gehilfen, 70 bis 80 % für 9,80 % der Gehilfen und über 80 % für 0,86 % der Gehilfen.

In Rheinland und Westfalen, das schon seit 1913 getrennt marschiert, ist seitdem fast immer in An-

lehnung an die Bewegungen im übrigen Reiche vorgegangen worden. So auch diesmal durch Verhandlungen am 14. Dezember. Dabei wurden 80 % für alle Lohngebiete festgesetzt; allerdings wurde die letzte Zulage hier am 1. November in Höhe von 40 bis 70 % vereinbart.

Für den Freistaat Sachsen wurde am 18. Dezember in Dresden verhandelt und die hier bestehenden vier Lohnklassen gleichmäßig um 50 % erhöht.

Während das Lohnabkommen für Rheinland und Westfalen am 1. März abläuft, ist das für das übrige Reich mit vierwöchiger und das für den Freistaat Sachsen mit vierzehntägiger Kündigungsfrist abgeschlossen worden.

Wir werden später noch eingehender auf die Lohnbewegungen des letzten Jahres zurückkommen, denn sie bildeten ein ganz erhebliches Stück unserer Tätigkeit, und ihre Resultate waren wirklich von allergrößtem Einfluß auf die Lebenslage unserer Kollegenschaft in wirtschaftlich ungünstigster Zeit.

Nicht weniger tätig sind wir aber auch gewesen für unsere Berufskollegen der Lackierbranche in der Industrie. Hier kam es außerdem zu sehr vielen, darunter ganz bedeutenden Lohnkämpfen, die unserm Verband allein in den ersten drei Quartalen des verfloffenen Jahres 459 729 M. Streikunterstützung verursachten. — Auch auf diese Bewegungen, die übrigens in gleichem Maße ausbauen, werden wir noch ausführlicher zurückkommen.

Mögen unsere Kollegen aus allen diesen Vorgängen die richtige Lehre ziehen und sich die Frage vorlegen, wie es um das Geschick der deutschen Arbeiterklasse unter den herrschenden ökonomischen und politischen Zuständen bestellt wäre, wenn ihre beruflichen und wirtschaftlichen Interessen nicht von festgefügteten Gewerkschaften durch praktische Arbeit rücksichtslos vertreten würden.

Das Lohnabkommen für das Malergewerbe vom 4./5. August 1920 für allgemein verbindlich erklärt.

Nach Ablauf von 4 Monaten nach Einreichung des Antrages hierzu sind nunmehr die in der Sitzung unseres Haupttarifamtes vom 4. und 5. August festgesetzten Löhne durch das Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden. Das hat allerdings keine große Bedeutung mehr; denn am 15. Januar dieses Jahres treten in allen hierbei in Betracht kommenden Orten bereits wieder neue, höhere Löhne in Kraft. Diese sind, weil der Entscheid des Haupttarifamtes endgültig ist, für die Mitglieder der beiderseitigen Vertragsparteien ohne weiteres verbindlich. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit bezieht sich nur auf die Nichtorganisierten, deren es gegenwärtig aber nicht mehr viele gibt und die zunächst ohne die rechtliche Verpflichtung dort, wo sie sich sträuben sollten, durch moralische Einwirkungen oder Arbeitsverweigerung gezwungen werden müssen, die festgesetzten Löhne ebenso zu respektieren, wie das die organisierten Arbeitgeber ohne weiteres verpflichtet sind.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir hervorheben, daß die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen oder Lohnabkommen (Vereinbarungen von Tarifparteien usw.) nichts zu tun hat mit der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, von Schlichtungsausschüssen usw., die von der einen oder anderen Partei abgelehnt werden. In diesen Fällen soll die sich ablehnend verhaltende Partei zur Anerkennung durch die Verbindlichkeitsklärung gezwungen werden, während durch die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Vereinbarungen oder anerkannten Schiedsprüchen die darin enthaltenen Vorschriften auch für die Nichtorganisierten — also für die nicht ohne weiteres rechtlich mitverpflichteten Streife — ebenfalls verbindlich werden.

Die Verbindlichkeit von Schiedsprüchen können die Demobilisationsstellen, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen usw. dagegen nur das Reichsarbeitsministerium aussprechen. Unser Verbandsvorstand

hat bereits gemeinsam mit den übrigen Kontrahenten des Reichstarifvertrages beantragt, daß auch das neue Lohn-

abkommen für verbindlich erklärt wird. Die uns am 20. Dezember mit dem Datum des 24. Dezember zugegangene Verfügung des Reichs-

arbeitsministeriums hat folgenden Wortlaut: Die zwischen dem (folgen die Namen der Kontrahenten unseres Reichstarifvertrages) in Berlin in der Haupttarifamtssitzung vom 4./5. August 1920 vereinbarten Lohnsätze werden als Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrage vom 9. Februar 1920 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Metallgewerbe für die im Protokoll der Haupttarifamtssitzung aufgeführten Städte gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 8. August 1920.

Der Reichsarbeitsminister. J. A.: Wulff.

Die 'selbständige' Betriebsräteorganisation und die freien Gewerkschaften.

II.

Nur noch eine Neuerung der freien Gewerkschaften herauszugreifen, sei aus dem Artikel: „Die Zusammensetzung der Betriebsräte im Deutschen Metallarbeiterverband“, in der Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie, vom 1. August 1920, folgendes angeführt, wodurch die Situation sehr treffend beleuchtet wird:

„Eine „wunderbare Logik“ entwickeln die Vertreter der Betriebsrätezentrale weiter, wenn sie der Arbeiterschaft vorzuschlagen suchen, es brauche nur eine selbständige, allumfassende Betriebsräteorganisation gebildet zu werden, und die Einheitsfront des gesamten Proletariats, dazu im revolutionären Sinne, sei hergestellt. Ein Blick auf eine solche buntgemischte Mischernte genügt, um diese „Einheitsorganisation“ zu erkennen. Wie naiv muß man die Arbeiter einschätzen, wenn man ihnen eingureden versucht, daß die Betriebsräte der R.F.D., R.F.V., U.F.V., S.F.V., Demokraten, Zentrum, Christliche, Griech.-Dundersche bis zu den gelblich gefärbten „Räten“ über Nacht zu einer homogenen, revolutionären Masse würden, nachdem sie vom Zaubersstab der selbständigen Betriebsräteorganisation berührt wurden.“

„Wir zweifeln nicht daran, daß uns gemeinsame Arbeit vorwärtsbringt. Was wir jedoch entschieden ablehnen müssen, ist jeder Versuch, die Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaften in einer besonderen selbständigen Betriebsrätevereinigung zu organisieren. Eine solche Organisation können wir nicht mitmachen, weil sie in ihren Folgen zu ewigen Konflikten und schließlich zur Sprengung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung führen muß. Und dazu kann und darf niemand seine Hand heben. Man versucht zwar abzuweichen, daß durch die Bildung einer selbständigen Betriebsräteorganisation die Einheit der Gewerkschaften gesprengt würde. Die bisher gemachten und bitteren Erfahrungen, die Tatsachen selbst reden jedoch eine andere Sprache. Das legt uns auch die Pflicht auf, jede Erhebung besonderer Beiträge durch die Betriebsräte — gleich, ob in obligatorischer oder freiwilliger Form — strikte abzulehnen.“

Wir befinden uns im Zeichen der Krise. Der Kampf der Arbeiter um Aufrechterhaltung der beschränkten Existenzbedingungen wird schwerer von Tag zu Tag. In den einzelnen Betrieben mehren sich die Versuche der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, die Rechte der Arbeiter zu schmälern. In dieser schweren Zeit ist nicht Raum und Zeit zum unnützen, verberlichenden Streit. Da heißt es, alle Kräfte zusammenzufassen und vereint, um in geschlossener Kampfbalanz die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen.“

In Groß-Berlin haben es trotzdem die Anhänger der selbständigen Rätebewegung erreicht, die Gewerkschaften zur Anerkennung ihrer Bestrebungen zu zwingen. Die Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin mußte von den Gewerkschaften ausschließlich finanziert werden, während die dieser Zentrale angehörenden sogenannten Radikalen, die aber nicht freigewerkschaftlich organisiert waren, ihre Phrasen in dieser Körperschaft auf Kosten der freien Gewerkschaften vollkommen gratis dreschen konnten. Auf der einen Seite täuschte man also vor, man wolle die freien Gewerkschaften stärken und auf der anderen Seite zwang man sie, Gelder für Unorganisierte aufzubringen.

In einem Vorschlag der Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin wurden von den Gewerkschaften für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 30. September 1921 600 000 M gefordert. Das hinderte dieselben Leute nicht, anlässlich einer Besprechung von Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen im Oktober 1920 in Berlin die Vertreter der freien Gewerkschaften, also die eigenen Geldgeber, zu zwingen, die Sitzung zu verlassen, so daß nur die Vertreter der R.F.D., R.F.V., der Betriebsorganisation und der selbständigen Betriebsrätezentrale zurückblieben, um mit Hilfe der Gelder der freien Gewerkschaften zu beschließen, was man unter Ausschluß derselben unternehmen könne. In der Zwischenzeit waren sämtliche Führer der selbständigen Räteorganisation eifrig tätig, die Gewerkschaften und die Betriebsräte dem Diktat der dritten (kommunistischen) Moskauer Internationale unterzuordnen. Dies ging so weit, daß man sogar in der von den freien Gewerkschaften finanzierten Betriebsrätezentrale ein Bureau eingerichtet hatte, um die Spaltung einer politischen Arbeiterpartei zu betreiben. Von der Zusammensetzung der Betriebsräte zur Ausübung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben ist jetzt bei den Anhängern der selbständigen Rätebewegung überhaupt nicht mehr die Rede. Die ganze Tätigkeit hat sich ausschließlich auf die Unterstellung der Gewerkschaften und der Betriebsräte unter das Diktat des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale konzentriert. Maßgebend sind hier die Punkte 9 und 10 der 21 Moskauer Bedingungen, die wie folgt lauten:

9. „Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Rerrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

10. „Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.“

Wie diese Punkte aufzufassen sind, geht sehr treffend aus nachstehenden Ausführungen Sinowjews auf dem Parteitag in Halle hervor:

„Gewiß sind die Weiskardisten, die Bürger- und Einwohnerwehren, die Orgesch, keine angenehmen Leute, aber ich behaupte, sie sind nicht so gefährlich, als Ihre geliebte sogenannte Amsterdamer Internationale.“

„Sie (die Mitglieder der Amsterdamer Internationale) sind mit ihrer ganzen Taktik, mit ihrer Anschauung, mit ganzem Herzen und mit ihren Neben gebunden an die internationale Bourgeoisie.“

Die Kampforganisationen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen werden also von diesen Leuten, als für die Arbeiterschaft noch gefährlicher als die gegenrevolutionären Organisationen des Bürgertums bezeichnet und die gewerkschaftliche Internationale der Arbeiterschaft nennt man einfach gelb. Nachdem man aber nun einmal die Bahn der Vernunft verlassen hat, gibt es kein Halten mehr. Während die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft auf die Sozialisierung konzentriert oder konzentrieren sollte, geben die Kommunisten und mit ihnen die Führer der selbständigen Rätebewegung jetzt die Parole aus „gegen die Sozialisierung“, da diese konterrevolutionär sei.

Hierzu schreibt die „Freiheit“ in einem Artikel „Marxheit und Konfusion“ sehr richtig folgendes:

„Auf der andern Seite betreiben Kommunisten und Neukommunisten eine Sabotagepolitik, die praktisch eine wirkliche Unterstüßung des Kampfes gegen die Sozialisierung darstellt. Auf allen Arbeiterkongressen, von dem ersten Kongreß der politischen Arbeiterräte im Dezember 1918 angefangen, ist die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, insbesondere des Bergbaues, gefordert worden. Diese Forderung hat stets die Zustimmung der Kommunisten gefunden. Jetzt, wo der Kampf um die Sozialisierung wirklich begonnen werden soll, erklären sie plötzlich, das sei konterrevolutionär, das sei ein Irrweg, auf dem die böse U. S. V. die Arbeiter führen wolle. Die Arbeiter sollten sich an diesem Kampfe nicht beteiligen, sondern lieber — die politische Macht erobern.“

Nun stelle man sich doch die politische Situation vor. Der Arbeiterklasse, und insbesondere den Bergarbeitern, ist es gelungen, die Frage der Sozialisierung auf die Tagesordnung zu setzen. Ueber diese Frage wird in einigen Wochen oder Monaten entschieden werden. Das gesamte Bürgertum läuft Sturm gegen die Sozialisierung, jetzt seine geschlossene Kraft ein, um die Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten. Und da kommen Arbeitervertreter und sagen: „Dieser Kampf braucht Euch nichts anzugehen. Wir haben eine andere Parole: Beginnen wir mal einen Kampf um die Produktionskontrolle. Wir werden in den einzelnen Betrieben uns die Macht erobern, die Produktion und die Preise zu bestimmen. Daraus wird sich dann ein Kampf um die politische Macht entwickeln, und wenn wir die dann haben, dann werden wir schon sozialisieren.“

Es dürfte sich wohl erübrigen, weiteres zu den Bestrebungen der Vertreter der selbständigen Rätebewegung zu sagen. Der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist inzwischen klar geworden, wohin sie von diesen Leuten geführt werden sollten. „Menthalb hat man den notwendigen Trennungsstrich gezogen und die Gefahr, die zeitweilig die selbständigen Räte für die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung bildete, kann als überwunden betrachtet werden. Anlässlich der Tagung des ersten Betriebsrätekongresses hat man den letzten Versuch unternommen, sich der Vernunft entgegenzustellen und die Betriebsräte in das Fahrwasser der selbständigen Rätebewegung zu treiben. Auf dem Kongreß wurde Selt 40 der Zeitschrift „Der Arbeiterrat“ verteidigt. In dem Leitartikel von Richard Müller war folgende Aufforderung enthalten:

„Die Komödie Wiffell-Silberding wird von Dikmann, Körperl und Vrolat zu Ende gespielt, wenn die Betriebsräte nicht den ganzen Blunder auseinanderreißen.“

Die Betriebsräte sind diesem Mahnruf gefolgt, aber nicht so, wie Richard Müller es sich dachte, sie haben keinen Blunder restlos auseinandergerissen. Der Betriebsrätekongreß hat sich einmütig für die Sozialisierung des Bergbaues ausgesprochen. Der Betriebsrätekongreß hat sich weiter einmütig für die Kontrolle der Produktion erklärt. Weiter hat der Betriebsrätekongreß zum Betriebsrätegesetz eine Novelle gefordert, damit den Betriebsräten die Möglichkeit zur ungehinderten Ausübung ihrer Funktionen gesichert wird. Dann wurde zu einer weiteren Reihe von praktischen Fragen Stellung genommen. Sozialisierung des Bergbaues, Kontrolle der Produktion sind die nächsten Etappen auf dem Wege zur Durchführung des Sozialismus, auf welche beiden Punkte die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerschaft ihre ganze Energie zu konzentrieren hat. Dann ist weiter das Bildungswesen in jeder Beziehung auszubauen. Mögen auch die Kurse, die überall eingerichtet werden, im Anfang noch nicht allen Anforderungen entsprechen, sie müssen trotzdem eingerichtet werden, und vor allen Dingen müssen die Betriebsräte sowohl als auch Gewerkschaftsmitglieder und insbesondere die Jugendlichen besuchen, damit wir uns das Rüstzeug für

die Übernahme der Wirtschaft schaffen, und diese Bildungsarbeit wird am ehesten ihren Erfolg zeitigen. Bei tausend und aber tausend Gelegenheiten wird der Kollegen das Gelernte gute Dienste leisten und erst im Kleinen und dann im Großen wird sich diese Verleinerung des Wissens auswirken.“

Karl Kautsky schreibt in einem Artikel „Brennender Durst nach Wissen“ folgendes:

„Die Anforderungen, die unsere Zeit an das Proletariat stellt, sind enorm. Aber es muß sich ihnen gewachsen zeigen, wenn es sich bewähren will als die Kraft, die die abgelebte alte Gesellschaft zu einem höheren Dasein emporhebt.“

Gerade unsere Lage zeigen uns, daß es damit nicht abgetan ist, wenn man die Nacht gewinnt, daß dies sogar schädlich, zu Rückschlägen führen kann, wenn es vorzeitig geschieht, ehe man die Fähigkeit erlangt hat, die Nacht festzuhalten, was nur demjenigen gelingt, der imstande ist, sie zweckmäßig auszuüben.“

Das Proletariat mit Wissen zu füllen, das Monopol der besitzenden Klassen auf Wissen zu brechen, ist ebenso wichtig wie das Brechen des Monopols der Kapitalisten auf den Besitz der Staatsgewalt und der Produktionsmittel. Nur ein Proletariat, das brennender Durst nach Wissen erfüllt, wird seiner großen historischen Aufgabe gewachsen sein.“

Und das Zeitalter der sozialen Revolutionen, das mit dem Ende des Weltkrieges eingesetzt hat, bringt dem Proletariat nicht nur eine Fülle schwerer Aufgaben, sondern auch eine Verbesserung der Bedingungen, ihnen gerecht zu werden.“

Vor allem ist der Achtstundentag als Maximalarbeits- tag allenthalben zur Wahrheit geworden und damit die Zahl der Stunden am Tage vermehrt, während deren der Arbeiter sich selbst und seiner Sache gewidmet kann.“

Dieser Fortschritt wird heute noch nicht vollständig fühlbar, da der Arbeiter augenblicklich seine freie Zeit oft im Suchen nach Lebensmitteln vergeuden muß. Und in seinem Zustand der Unterernährung erschöpft ihn leicht achtstündige Arbeitszeit ebenso sehr wie ehemals die geistlich ständige und läßt ihm wenig Kraft für die Arbeit zur Erweiterung seines Wissens und zu dessen Anwendung im Dienste des Sozialismus.“

Erst wenn die Nahrungsschwierigkeiten überwunden sind, wird die Verkürzung der Arbeitszeit ihre volle Bedeutung für die geistige Höherentwicklung der Arbeiterschaft gewinnen.“

Aber wer unter den Proletariern es kann, muß heute schon im Interesse seiner Klasse, im Interesse der sozialen Revolution alles aufbieten, um sein Wissen zu erweitern. Die Verkürzung der Zeit im Produktionsprozeß soll doch nicht eine bloße Verlängerung der Zeit für Karten und Pinos bedeuten.“

Diesen Ausführungen kann sich nur jeder, dem es Ernst mit der Fortentwicklung der Arbeiterklasse ist, anschließen. Gegenüber der Ziel- und Planlosigkeit in den Bestrebungen der Anhänger der selbständigen Rätebewegung, die jetzt unter das Diktat von Moskau gelangt sind und die deutsche Arbeiterschaft Verhältnissen ausliefern wollen, die auf Deutschland gar nicht übertragbar sind, ist es die planvolle und zielbewusste Tätigkeit der Gewerkschaften, die nach wie vor der Arbeiterschaft ihren Weg zeigt. Diese Arbeit kann wohl gehemmt, aber nicht unterbunden werden, und Aufgabe jedes Klassenbewußten Arbeiters und Angestellten muß es sein, mit seiner ganzen Kraft für die Stärkung der freien Gewerkschaften und die Durchsetzung ihrer Ziele einzutreten.“

Eingefandt.

Die Entwicklung unseres Berufes und die Wirtschaftskrisis.

Die wirtschaftliche Lage unseres Berufes war in den verfloßenen 8 Jahren im allgemeinen keine günstige; auch jetzt noch nicht, angesichts der Tatsache, daß ein Viertel der Kollegen in andern Berufen beschäftigt ist und ein weiteres Viertel augenblicklich keine Arbeit hat. Wenn die Kollegen trotzdem treu zur Organisation stehen, so deshalb, weil sie auf eine bessere Geschäftstätigkeit rechnen. Aber wir wollen uns keinen Illusionen hingeben, unser Beruf ist abhängig von dem Wohlstand der jeweiligen wirtschaftlichen Lage; unter der heutigen schlechten Lage ist aber eine Besserung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Es sind eben — wir müssen die Wahrheit sagen — zuviel in unserm Beruf tätig. Das geht auch aus der geschichtlichen Entwicklung unseres Berufes hervor. Nach der Statistik von Dr. Karl Thieß ist unser Beruf bis zum Jahre 1848 in Deutschland als selbständiges Gewerbe nicht zu finden; es wurde von andern Berufen mit ausgeübt. So haben Maurer, Tüncher, Schreiner und Glaser die Anstreicherarbeiten mit ausgeführt, was ja auch heute noch auf dem Lande der Fall ist. Im Jahre 1848 hatte sich in Prag die erste Vereinigung unter dem Namen „Deutsche Künstler“ gebildet. Diese Verbindung, die zuerst eine religiöse Verbindung war, konnte sich unter dem damaligen Schutze der Regierung zur Selbstständigkeit durchsetzen. Das Gewerbe entwickelte sich jedoch langsam zum Zunftsystem aus. Es wurde streng auf Meister- und Gesellenprüfungen gehalten. Die Gesellen mußten eine dreijährige Lehrzeit und 4 Wanderschaft hinter sich haben, ehe sie zur Gesellenprüfung zugelassen wurden. Bis zum 17. Jahrhundert konnte sich das Gewerbe einigermaßen behaupten; durch die Vermittlungen des dreißigjährigen Krieges fiel es von 29% auf 5% im Jahre 1649. Nach dem dreißigjährigen Kriege mußte es nochmals die Entwicklungsperiode durchmachen. Ein Beispiel, wie unser Gewerbe mit dem Wohlstand des Wirtschaftslebens steigt und fällt. Wie langsam von da an das Gewerbe sich entwickelte, sehen wir daran, daß am 10. August 1760 durch König Friedrich Wilhelm I. in Preußen das Zunftgesetz eingeführt wurde. Auf's neue gründeten sich Malergünfte. Im Jahre 1760 wurde in Freiburg (Baden) eine Malerzunft gegründet, in Mannheim am 15. März 1764 und in Karlsruhe erst im Jahre 1820. Es folgten dann langsam die andern Städte in Deutschland. Sonderbar ist es, daß in dem reichen und bevölkerten Berlin bis zum

19. Jahrhundert das Malergewerbe sich nicht selbständig behauptete. Der Grund ist darin zu sehen, daß es in Berlin nicht gelang, ein Existenzminimum zu erreichen und unsere Tätigkeit von andern Gewerben zum Teil ausgeführt wurde. Bei der Gründung der Stubenmalergewerkschaft in Berlin am 6. Februar 1846 betrug die Zahl der Meister 88 und ebensoviel Gesellen. Bei der Gewerbe-zählung 1882 schon 287 Meister und 976 Gesellen; bei der Gewerbe-zählung 1890 358 Meister und 1708 Gesellen. Ebenso hatte es sich in andern Bundesstaaten entwickelt, so zählte man in Baden nach Aufhebung des Zunftzwanges im Jahre 1862, wo 407 Meister und 406 Gesellen gezählt wurden, schon im Jahre 1882 1078 Meister und 2024 Gesellen; in diesen 20 Jahren ist hier eine Zunahme der Meister um 161 %, der Gesellen sogar um 400 % zu verzeichnen. An diesen Zahlen können wir ersehen, daß das Malergewerbe eine ganz enorme Entwicklung nach der Aufhebung des Zunftzwanges durchgemacht hat. Heute würde wohl das zehnfache an Zahlen herauskommen, besonders bei den Meistern. Die Ueberfüllung des Gewerbes durch das Kleinmeisterium ist ein bedauerlicher Zustand. Diese Erscheinung sehen wir am deutlichsten bei unserm Tarif und den Lohnbewegungen; denn das Kleinmeister-tum ist der Hemmschuh für das Zustandekommen vernünftiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dieser ungesunden Erscheinung kann nur ein Ende gemacht werden durch die allgemeine Sozialisierung. Hier werden wir ja auf harten Widerstand stoßen, aber es liegt doch kein Gebot so am Boden wie die Bauwirtschaft. Hier sehen wir am deutlichsten, daß das kapitalistische System nicht fähig ist, uns aus diesem Niedergang herauszuführen. Selbstverständlich brauchen wir eine starke Organisation zu diesem Plan. Wenn nun Kollegen meinen, durch Uebertreten in andere Organisationen eine starke In-dustrieorganisation herbeizuführen, so möchte ich jeden Kollegen vor einem solchen Uebertreten warnen; denn durch diese Wandlung kämen wir nie zu unserm Ziel und der letzten Dritte wären die Arbeitgeber. Nur durch ge-schlossenes Vorgehen der Verbände kann unser Ziel erreicht werden. Deswegen Kollegen, welche den Industrieverband wünschen, haltet fest und treu zur Organisation, bis unser Ziel erreicht ist. Unserm Gewerbe wurden durch den Krieg schwere Wunden geschlagen und es wird eine geraume Zeit kosten, bis sie geheilt sind und es wieder zur Blüte kommt. Hoffen wir, daß wir es bald wieder erleben!

Karl Wiebrich, Frankfurt a. M.

Zeichner:	Glasmaler:	Rundglaser:
Klasse A I 8,00 M.	Klasse A 6,85 M.	Klasse A 6, — M.
" A II 6,85 "	" B 6,40 "	" B 5,70 "
" B I 6,85 "	" C 6,35 "	" C 4,80 "
" B II 6,40 "	Ornamentmaler 5,80 "	
" C 4,75 "	Klasse D 4,80 "	

Eine freigewerkschaftliche Arbeitgemeinschaft lon-nunaler Arbeitnehmer (Pala) haben der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Verband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Werkmeisterverband und der Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner gegründet. Ihr Zweck ist die Bildung einer gemeinsamen Front der Arbeitnehmer zur Vertretung von deren Angelegenheiten bei den Gemeinden und Gemeinde-verbänden.

Eine gemeinsame Aktion der oberschlesischen Gewerkschaften. Die Führer sämtlicher oberschlesischer Arbeiter-organisationen aller Richtungen, einschließlich der pol-nischen, hatten kürzlich in Katowisz eine Konferenz, in der die bestehenden unhaltbaren Sicherheits-zustände in Oberschlesien zur eingehenden Be-sprechung gelangten. Folgende Entschlieung wurde an-genommen: "Die Vertreter der großen oberschlesischen Arbeiterorganisationen erklären, daß die Sicherheitsverhält-nisse in Oberschlesien derart schlecht und unhaltbar sind, daß unbedingt sofort Abhilfe geschaffen werden muß. Die Versammlung bevollmächtigt eine Abordnung von 6 Ar-beiterführern, mit dem Chef der Interalliierten Kommission in Verbindung zu treten und ernste Vorstellungen bei ihm zu erheben." Es ist eine Abordnung aus Vertretern der freien Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereinigun-gen, der sechs-Bundes-Gewerkschaften, des polnischen Zentralverbandes und der örtlichen Gewerkschaften damit beauftragt worden. Sie sollen über das Erreichte Bericht erstatten.

Der Deutsche Bauarbeiterverband vollendet am 1. Januar das sechste Jahr seines Bestehens nach dem Zusammenschluß mit dem Verband der Bauhilfsarbeiter. Gegen Ende vergangenen Jahres zählte der Verband 490 000 Mitglieder, gegenüber 290 000 im ersten Jahre des Bestehens. Das Reichsnettovermögen ist auf über 20 Millionen Mark angewachsen.

Der „Courier“, das Organ des Transportarbeiter-verbandes, begann am 1. Januar seinen fünfundsiebzigsten Jahrgang. Seine erste Nummer erschien am 15. Januar 1897 in 2000 Exemplaren. Heute wird der „Courier“ in einer Auflage von 800 000 Exemplaren hergestellt und in alle Gegenden Deutschlands versandt.

Die Urabstimmung im Buchdruckerverband über den neuen Tarif hatte folgendes Ergebnis: Gültige Stimmen wurden 64 618 abgegeben. Davon waren 40 259 für Annahme des Tarifs, 24 257 für Ablehnung. Von den Hilfsarbeitern stimmten 19 084 für Annahme, 10 444 für Ablehnung. Nur in 2 Kreisen fand sich eine kleine Mehrheit für Ablehnung des Tarifs. Da auch die Unternehmer dem Tarifabkommen zugestimmt haben, tritt der neue Tarif mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft. Er hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1922.

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erfolgen kann; diese Antragsformulare sind bis jetzt bereits mehr als der Hälfte der versicherten Angestellten zugegangen. In dem Umfange, wie die beantworteten Anträge bei der Reichs-versicherungsanstalt eingehen und soweit es bei der großen Anzahl möglich ist, sie sofort zu bearbeiten, gehen den Ver-sicherten die Kontoauszüge über die für sie gezahlten Bei-träge zu.

Jeder Versicherte wird also in nächster Zeit in den Besitz seines Kontoauszuges gelangen, wenn er den ihm übersandten Vordruck ausgefüllt zurückschickt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß in dem Entwurf der Reichsversicherungsanstalt, betreffend Erweiterung der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung den von den Unternehmern und Angestellten zu wählenden Vor-tern für Direktorium und Verwaltungsrat viel weiter-gelände Befugnisse auf die Verwaltung der Angestellten-versicherung eingeräumt werden sollen, als dies im jetzigen Gesetze der Fall ist."

Außerordentliche Beihilfe für Invalidentrenten-empfänger. Der Reichstag hat am 18. Dezember 1920 ein „Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Emp-fänger von Renten aus der Invalidentversicherung“ be-schlossen. Die Beihilfe soll vom 1. Januar 1921 an neben der Rente und neben der bisherigen Zulage gewährt wer-den. Sie beträgt für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwerrente monatlich 40 M., für Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M., so daß künftig neben einer Invaliden- oder Altersrente im ganzen 70 M. monat-lich, neben einer Witwen- oder Witwerrente 55 M. monat-lich, neben einer Waisenrente 30 M. monatlich gezahlt wer-den. Zur Deckung der Aufwendungen für die Beihilfe sollen die Beiträge zur Invalidentversicherung mit dem doppelten Geldwert berechnet, daher auch die Versicherungs-mariken für den doppelten Nennwert verkauft wer-den. Um dem „Hausieren“ von Marken und dem Handel mit Marken vorzubeugen, ist der Verkauf von Marken zum alten Preise gesperrt und vom 30. Dezember an der Verkauf zum doppelten Preise angeordnet worden. Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Mittel für die Beihilfen belaufen sich auf etwa 860 Millionen Mark jährlich.

Der Reichstag hat gleichzeitig in mehreren Ent-schließungen die Reichsregierung ersucht, auf eine ent-sprechende Notstandsmaßnahme für die Knappheits-rentenenempfänger hinzuwirken und dem Reichstage Geset-entwürfe vorzulegen, die eine gleiche Regelung für die Emp-fänger von Renten aus der Angestelltenversicherung brin-gen und die zur Linderung der Not unter den Klein-rentnern beitragen soll.

Eine ähnliche Entschlieung hat der Reichsrat in der Sitzung vom 21. Dezember 1920 gefaßt, in der er das vom Reichstag erlassene Gesetz ohne Einspruch zur Kennt-nis genommen hat; er hat seinerseits beschlossen, an die Reichsregierung heranzutreten, daß sie Mittel und Wege suche, um denjenigen Sozialrentnern, die keine Renten aus der Invalidentversicherung beziehen, eine entsprechende Bei-hilfe zu gewähren.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung sieht der den gesetzgebenden Körperschaften vorliegende Entwurf einer „Verordnung über die Berechnung des Jahresarbeitsver-dienstes in der Unfallversicherung“ eine Besserstellung der Versicherten durch eine ihnen günstigere Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes vor. Die Neuregelung soll auf alle Unfälle Anwendung finden, die sich nach dem 31. De-zember 1919 ereignet haben oder ereignen werden. Ge-eignete Maßnahmen zur Verbesserung der älteren Unfall-renten werden von der Reichsregierung bei der Ausführung der vom Reichstag und dem Reichsrat getroffenen Ent-schließungen erwogen werden.

Baugewerbliches.

400 Millionen für Wohnungsban in Preußen. Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, der Landes-versammlung in kürzester Zeit einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Kredit von 400 Millionen Mark anfordert. Der Betrag soll zu Uebersteuerungszuschüssen für die Wohnungsbau gemäß den Plänen des Wohlfahrts-ministeriums verwendet werden. Zur Realisierung des Kredits wird voraussichtlich der Anleiheweg beschritten werden. Die für Tilgung und Amortisation erforderlichen Beträge werden in den neuen Etat eingestellt.

Gewerkschaftliches.

Die Beerdigung Carl Legiens fand am letzten Tage des Vorjahres statt. Außergewöhnlich stark war die Be-teiligung an der Beerdigung. Aus allen Teilen Deutsch-lands hatten die Arbeiterorganisationen Vertreter ent-sandt, ferner waren Vertreter der verschiedensten politischen Parteien, Unternehmer, Minister und der Reichspräsident erschienen; die Gewerkschaftsinternationale war durch Timmen-Holland, Jouhaux-Frankreich, Strauß-Oesterreich, Merxens-Belgien und Nielsen-Dänemark vertreten. Im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses war die Leiche aufgebahrt. In tiefer Ergriffenheit nahmen die Anwesenden die Abschiedsworte des Genossen Wissell an den Dahingeshiedenen entgegen, worauf die Mitglieder der alten Generalkommission den Sarg zum Wagen trugen. Ein unübersehbares Trauergefolge erwies Carl Legien die letzte Ehre bis zu dem 2 1/2 Stunden entfernt gelegenen städtischen Friedhof in Friedrichsfelde. Dort sprach Her-mann Mollenhuth im Auftrage des Vorstandes der sozial-demokratischen Partei Worte des Dankes und der Ehrung für Carl Legien. Dann folgte Genosse Gadelberg, der die letzten Grüße der Vieler Arbeiterschaft überbrachte, deren Vertreter im Reichstage Legien viele Jahre war. Robert Dikmann sprach im Auftrage des Ausschusses des All-gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Genosse Tarnow als Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes widmete dem verstorbenen Mitgliede die letzten Grüße. Sodann über-brachten die Genossen Timmen für den internationalen Gewerkschaftsbund, Jouhaux für die französische Gewerkschaftsbewegung, Merxens für die belgischen Gewerkschaften, Nielsen für die dänischen Gewerkschaften und Strauß für die österreichischen Gewerkschaften die letzten Grüße und würdigten zugleich die Verdienste Legiens um die interna-tionale Gewerkschaftsbewegung. Als der Sarg in die Gruft gesenkt war, sprach der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann, seinem abge-schiedenen Kollegen nochmals zu Herzen gehende Worte der Anerkennung und des Dankes für die Treue und Eingabe aus. Die deutschen Gewerkschaften werden Legiens An-denken am besten in Ehren halten, wenn sie in seinem Sinne weiterarbeiten.

Die Glasmaler, Zeichner und Rundglaser Münchens hatten an die einschlägigen Firmen, die mit lohnenden amerikanischen Aufträgen gut versehen sind, Forderungen auf Beschaffungsbeihilfe und Erhöhung der Stundenlöhne gestellt. Nach mehrmaligen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht kam am 22. Dezember folgende Einigung zustande: 15 % Erhöhung der Stundenlöhne, 300 M. Beschaffungsbeihilfe, Nachzahlung der Erhöhung vom 12. Dezember an und das Versprechen der meisten Firmen, noch eine Unterstützung in amerikanischen Lebensmitteln zu gewährleisten. Die Stundenlöhne sind nunmehr folgende:

Gewerbe und soziale Hygiene.

Arbeitshygiene. Nach Feststellungen der sächsischen Gewerbeaufsicht hat sich der allgemeine Gesundheitszustand der Arbeiterschaft nach dem Kriege gehoben. Und zwar wird diese gesundheitliche Besserung nicht nur auf die wieder etwas bessere Ernährung, sondern auch darauf zurückgeführt, daß auf den Arbeitsstellen wieder die gesundheitlichen Anforderungen besser als während der Kriegszeit berücksichtigt wurden. So wurden während des Krieges, wie es heißt, oft Umkleieräume, Wasch- und Aufenthaltsräume zu andern Zwecken benutzt, die jetzt wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt sind. Auf die große Bedeutung, die der Arbeitshygiene zukommt, wurde von unserm Verband, wie auch allgemein von den Gewerkschaften, schon immer hingewiesen. Darum können wir es nur begrüßen, wenn den Fragen des Arbeiterschutzes wieder mehr Aufmerksamkeit als in den vorhergehenden Kriegsjahren gewidmet wird. Wie sehr das ganz besonders für unsere Berufscollegen notwendig ist, wo es mit der Lieferung von Seife, Handtüchern usw. fast überall sehr haperte, ist allgemein bekannt. Mit Recht bezeichnet man Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitshygiene als die drei Grundfaktoren des proletarischen Arbeitsglücks.

Arbeiterversicherung.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gibt folgendes bekannt: „Durch die Personalverhältnisse während des Krieges waren bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erhebliche Rückstände entstanden. Auch die Verendung von Kontoauszügen ließ sich bei dem Personalmangel nur in geringem Umfange durchführen. Die Rückstände sind voll-ständig aufgearbeitet worden und es ist jetzt die Ver-endung der Kontoauszüge im Angriff genommen worden. Um diese möglichst ohne Rückfragen und ohne erhebliche Vermehrung des Schriftwechsels sowie ohne Personal-bermehrung durchzuführen, ist folgender Weg gewählt wor-den: Den Versicherten wird zunächst ein Antragsvordruck auf Uebersendung eines Kontoauszuges durch ihre Arbeitgeber ausgehändigt. In diese sollen sie ihre genauen Personalien, die in ihren Versicherungs-kartens quittierten Beiträge, ihre Arbeitgeber angeben und Mit-teilung über die beitragsfreien Zeiten machen. Ebenso sind über geleistete Kriegsdienstzeiten An-gaben zu machen; sie werden darauf hingewiesen, sich diese Zeiten auf Grund vorzuliefernder Militärapapiere von einer öffentlichen Behörde bescheinigen zu lassen, damit daraufhin die Anrechnung nach den Bundesratsbestimmun-gen vom 26. August 1915 und 2. August 1917 bei der

Genossenschaftliches.

Die Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consum-vereine mit beschränkter Haftung, Hamburg, in Volks-kreisen kurz G.C.G. genannt, besteht nunmehr 27 Jahre und hat während dieser Zeit ihres Bestehens planmäßige, fruchtbringende Arbeit dadurch geleistet, daß sie den deut-schen Konsumgenossenschaften und den ihnen angeschlossenen Verbrauchern für weit über 8 Milliarden Mark Waren in einwandfreier Beschaffenheit zu angemessenen Preisen lieferte. Davon ist ein nicht geringer Teil in ihren eigenen Fabriken mit erstklassigen hygienischen Einrich-tungen und unter vorbildlichen Arbeitsbedingungen her-gestellt worden.

Etwa 1 Milliarde und 300 Millionen Mark wird der Umsatz der G.C.G. im Jahre 1920 betragen, wovon allein für mehr als 180 Millionen Mark Waren in den eigenen Fabriken hergestellt wurden.

Die G.C.G. unterhält zurzeit außer ihrer Zentrale und mehreren Lagern in Hamburg noch Niederlassungen mit eigenen Lagern in Gröba (Sachsen), Berlin, Breslau, Düsseldorf, Nürnberg und Mann-heim. Weitere Niederlassungen sind in Vorbereitung für Stuttgart und Königsberg. Sie unterhält ferner 2 Seifenfabriken, 8 Zigarrenfabriken, 1 Kautabakfabrik, 1 Fabrik für Tabakfabrikate, 1 Zigarettenfabrik, 1 Leig-warenfabrik, 1 Zündholzfabrik, 1 Pfistenfabrik, 1 Weberei, 1 Zuderwaren- und Schokoladenfabrik, 1 Fabrik für Möbel, Kontor- und Labeneinrichtungen, 1 Bürstenfabrik, 1 Torf-mooraussaatung, 1 Kaffeegroßrösterei, 1 Gewürzmühle nebst einer Reihe von Veredlungsbetrieben, Padereten usw.

In Vorbereitung sind: die Errichtung einer Handels-zentrale in Chemnitz und einer Fischindustrie in Altona mit Räucherei, Braterei und Maximieranstalt. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe war zu einem wesentlichen Teile bereits vor dem Kriege geplant und soll mit aller Energie in die Wege geleitet werden, sobald die Möglichkeiten, besonders bezüglich des Bauens, gegeben sind. Die Leitung der G.C.G. widmet ständig dem Ausbau und der Ausdehnung der Eigenproduktion ihre ganz be-sondere Aufmerksamkeit.

Zur Erfüllung ihrer für die Verbraucher so ungemein wichtigen Aufgaben bedarf die G.C.G. aber heute mehr denn je ganz bedeutender Mittel. Deshalb legt sie jetzt eine

Obligationsanleihe zur Zeichnung auf, die mit 5 1/2 % im Jahr verzinst wird und die in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 M zu haben ist.

Allen Genossenschaftlern und Gewerkschaftlern, die dazu irgendwie in der Lage sind, empfehlen wir dringend die Zeichnung dieser Anleihe. Sie ist eine gute und sichere Kapitalanlage.

Bedeutende Bedingungen nebst Zeichnungsscheinen sind in den Konsumvereinen erhältlich, werden aber auf Wunsch auch direkt von der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung, Hamburg 1, Waisenbinderhof 52, zugelandt.

Fortschritte der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Umsätze der deutschen Konsumvereine weisen ein starkes Wachstum auf, das nicht allein auf die gestiegenen Warenpreise zurückzuführen ist.

fachtechnisches.

Metall beizen und färben. Um Kupferbronze ähnlich zu färben, verwendet man eine Lösung von 6 g Schwefelsäure (Schwefelsäure genannt) und 20 g Salmiak in 5 l Wasser.

Kupfer braun zu färben. 15 g chlorsaures Kali, 7 g Kalisalpeter, 20 g schwefelsaures Natron, 20 g Salmiak und 400 ccm Essigsäure werden in 1 l Wasser gelöst.

Einfaßes Bleichverfahren für Holz (Eiche usw.). Der Lack- oder Farbanstrich wird vorerst gut entfernt mit Farbenentferner, Lauge usw. Oder man stellt sich die Entfernungsmaße selbst her.

Patentschau. Zusammengefaßt vom Patentbureau Krüger, Dresden. Angemeldete Patente: Nr. 75 c. 22. A. 33 243. Automobil-Platit A.-G., Leipzig-Heiterblick.

Nr. 22 g. 10. C. 27 888. Chemische Fabrik und Nährmittelwerke Bobb, Berlin; Anstrichmittel zum Färben feiner Stoffe. 26. 2. 19.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Wappe“. Verlag Georg D. W. Callwey in München. Das 10. des laufenden Jahrganges (Januar 1921) enthält Tafel 42: Glastische in neuester Stilrichtung.

Illustrierter Deutscher Maler-Kalender für das Jahr 1921. Herausgegeben von Cornelius Hebing Schriftleiter der deutschen Malerzeitung „Die Wappe“.

Literarisches.

Der kleine Samariter. Verlag der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin O 2, Breite Straße 8/9. Preis 1,50 M.

Der Hund. Vom Standpunkte des Hundes. Für jung und alt geschrieben von Th. Zell. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Mozart auf der Reise nach Prag“. Novelle von Eduard Mörike. Verlag „Vorwärts“, Berlin SW. Preis 2,50 M.

Vereinsteil.

Table with columns: Buch-Nr., Name, Ort, Bezahlt bis mit. Lists lost books and their owners.

Table with columns: Buch-Nr., Name, Ort, Bezahlt bis mit. Lists lost books and their owners.

Folgende Bücher werden für ungenügend erklärt: 56 184 Böckner, Fritz. 16. Woche 1920. 88 621 Jaeger, Heinrich. 47. 1920.

Vericht der Hauptkassse für den Monat Dezember bis Quartalschluß.

Eingekandt haben: Aachen 5800 M., Altona 801,50, Altenburg 980,20, Anklam 288,80, Apolda 1017,45, Augsburg 1700, Aschaffenburg 1000, Bamberg 618,40, Berlin 8500, Bernburg 800, Beuthen 1400, Bielefeld 4000, Bochum 2600, Brandenburg 1594,80, Braunschweig 8000, Bremen 4500, Bremerhaven 4000, Breslau 16 000, Bückeburg 1700, Cassel 7400, Celle 1500, Chemnitz 6000, Coblenz 1500, Coburg 1611,25, Cöln 15 000, Erfeld 4000, Grimnitzschau 1250, Gutzdau 298,90, Darmstadt 2850, Dessau 1750, Deilmold 1000, Döbeln 8000, Duisburg 8500, Düren 1000, Düsseldorf 1480,80, Eisenach 1000, Ebersfeld 10 000, Erfurt 1500, Eschwege 1480,80, Essen 11 200, Finsterwalde 1400, Flensburg 1500, Forst 600, Frankfurt a. M. 17 000, Frankfurt a. O. 1418,20, Freiburg 900, Friedberg 2200, Gera 1500, Gießen 2000, Glauchau 900, Glogau 1184, Grotzsch 2800, Gotha 2000, Göttingen 1150, Greifswald 150, Grünberg 988,25, Gützkow 880, Hagen 8750, Halle 5000, Hamborn 2000, Hamburg 8000, Hamm 1200, Hannover 11 000, Heilbronn 2897,80, Heilsberg 2425, Herford 1000, Hildesheim 4500, Hildesheim 784,85, Hirschberg 250, Hoyerswerda 888,20, Jena 379,50, Kassel 1000, Kassel 2800, Karlsruhe 2850, Rastowitz 1000, Rempten 500, Riesa 200, Rottgasse 928,10, Ronstanz 1100, Röllitz 500, Rulmbach 700, Saalfeld 528,20, Landsberg 1898, Landesbut 400, Lauenburg 811, Leipzig 2600, Piesnitz 1497, Pöhlitz 888,10, Lindfurt 450, Lübeck 2000, Lübeck 2000, Lübeck 2000, Magdeburg 7000, Mannheim 2000, Marburg 1218,50, Meerane 874, Meitz 1114,80, Münster 1650,88, Naumburg 880, Neumünster 400, Neunkirchen 200, Neustadt a. O. 1027, Niesky 2108,40, Nordhausen 1000, Nürnberg 8000, Oberhof 700, Oeynhausen 1200, Oldenburg 1000, Osnabrück 1009,70, Passau 250, Pforzheim 1000, Plauen 1000, Potsdam 2000, Prenzlau 200, Regensburg 500, Rostock 1500, Sagan 882,10, Schneidemühl 800, Schwabach 117,70, Schwerin 1500, Senftenberg 85,80, Siegen 1200, Singen 880, Solingen 888,85, Sorau 800, Spandau 2700, Spremberg 400, Stuttgart 2600, Straßburg 1000, Stolp 700, Straubing 202, Stuttgart 2000, Tarnowitz 766,40, Tilsit 200, Trier 800, Ulm 800, Walsenburg 500, Weimar 500, Weiskammer 492,20, Werbaun 284,20, Weiskammer 500, Wilhelmshaven 2600, Wolfenbüttel 1158,50, Worms 800, Würzburg 1500, Zeitz 1900, Zwickau 500.

Sterbetafel.

Berlin. Am 18. Dezember starb der Kollege Friedrich Otto Kindt, geboren am 21. März 1856 in Ortrand. Am 24. Dezember starb der Kollege Karl Niese, geboren am 26. April 1867 in Schleswig. Am 20. Dezember starb der Kollege Karl Pilz, geboren am 8. Mai 1856 in Dombfen.

Die Woche vom 16. bis 22. Januar 1921 ist die 3. Beitragswoche.

Tüchtige Wagenlackierer für Autos und Karosserien werden sofort eingestellt. Angebote unter W.M. an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Süchtiger Anstreichermeister für große Fran- und Maschinenfabrik in Weiskammer zum baldigen Eintritt gesucht.

Abendkurse für neue Holz- u. Marmorarbeiten, auch für Kriegsschadigte. erteilt Fr. Popp, Hamburg-Ohlsdorf, Vegelshofstr. 27, Opt. Anmeldungen täglich.

Wilhelm Walter, Dele, Lacke, Leime. Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Wartenburgstraße 72. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Ia Möbellack, Emaillelack, weiß, per Kilogramm 21 M. Bleiweiß in Öl, per Kilogramm 26 M. Gustav Stephan, Berlin O 34, Wilhelm-Stolze-Straße 28, v. Fernspr: Königsplatz 7317.

Frei Haus. Ueber 20 ff. weisse, R. Kollfethr. Nr. Größe 55 M. Dose Rollen. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Firnissersatz, extrahell, teerfrei, 10 M. pro Kilogramm. (Auch für Weiß geeignet.) Probekannen von 2 1/2 und 5 kg Inhalt gegen Nachnahme. Chemische Fabrik Rud. Oehle, Berlin SO 101, Lübbener Strasse 1, Telefon: Moritzplatz 1708.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchhabenspausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie auch zur Herstellung von Plattmalereien aller Art ausgeben läßt. Mit Hilfe meiner Buchhabenspausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plattmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Bornehmes sind. Ganze Serie Buchhabenspausen, bestehend aus 16 Doppelpalmeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1 1/2 bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Bemerkungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Kristallglas im Werte von allen 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 21 M. gegen Nachnahme. Albin Ratmacher, Wälder, Silden im Rheinland.

Malerschule Buxtehude gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kursus. Größte Schule für Dekorationsmaler! Goldene Medaillen u. Ehrenpreise. Prospekt durch die Direktion.

Pinselfabrik u. Streichbürsten jeder Art für Industrie u. Handwerk liefert seit Jahren am vorteilhaftesten H. W. Witte, Berlin, Hufelandsdr. 46. Tel.: Alx. 332. Nr. 1 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.